



RECHNUNGSHOF  
RHEINLAND-PFALZ

---

## Auszug aus dem Jahresbericht 2011

### Wesentliche Prüfungsergebnisse

---

**Impressum:**

Rechnungshof Rheinland-Pfalz  
Gerhart-Hauptmann-Straße 4  
67346 Speyer

Telefon: 06232 617-0  
Telefax: 06232 617-100  
E-Mail: [Poststelle@rechnungshof.rlp.de](mailto:Poststelle@rechnungshof.rlp.de)  
Internet: <https://rechnungshof.rlp.de>

## **Wesentliche Prüfungsergebnisse**

### **1 Bestätigung der Landeshaushaltsrechnung 2009**

Der Rechnungshof hat bei der stichprobenweisen Prüfung

- keine Abweichungen zwischen den in der Haushaltsrechnung 2009 und den Büchern sowie in anderen Nachweisen aufgeführten Beträgen und Angaben festgestellt, die für die Entlastung von Bedeutung sein können,
- keine Einnahmen und Ausgaben festgestellt, die nicht belegt waren.

### **2 Abwicklung des Landeshaushalts 2009**

Die Haushaltsrechnung 2009 weist Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben von jeweils 18,9 Mrd. € aus. Zum Haushaltsausgleich wurden - wie in den Vorjahren - Kredite aufgenommen, die sich 2009 auf rund 1,6 Mrd. € netto beliefen.

Die Gesamtausgaben stiegen gegenüber dem Vorjahr um 2,2 %.

Die Ausgabereste erreichten 2009 mit 900 Mio. € einen neuen Höchststand. Zur Finanzierung der Ausgabereste wurde ein Einnahmerest bei den Kreditaufnahmen gebildet.

Die Kreditaufnahmen für den Landeshaushalt einschließlich Umschuldungen und für die Landesbetriebe von insgesamt 7,8 Mrd. € hielten sich im Rahmen der Kreditermächtigungen.

### **3 Haushaltslage des Landes und ihre voraussichtliche Entwicklung - Schuldenanstieg ungebremst: Trendwende nicht erkennbar -**

Die ohnehin durch einen dramatischen Schuldenanstieg gekennzeichnete Haushaltslage des Landes wurde durch die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zusätzlich belastet:

- Das Steueraufkommen verringerte sich 2009 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 0,8 Mrd. €. Mangels Eigenfinanzierungsmitteln wurden für den Kernhaushalt und die Landesbetriebe neue Schulden von 1,9 Mrd. € aufgenommen. Dies war die bisher höchste Kreditaufnahme. Die Verschuldung stieg auf 30,6 Mrd. €.
- Der Anteil der Fremdfinanzierung des Haushalts erhöhte sich 2009 um mehr als vier Prozentpunkte auf 12,3 %. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag in Rheinland-Pfalz mit 6.711 € weit über dem Durchschnitt der anderen Flächenländer (5.267 €).
- Die verfassungsrechtliche Kreditobergrenze wurde im Haushaltsvollzug 2009 um mehr als 0,5 Mrd. € überschritten.
- Die Investitionsquote in Rheinland-Pfalz lag mit 10,8 % um mehr als drei Prozentpunkte unter dem Durchschnittswert der anderen Flächenländer (14,1 %).

Nach der Haushalts- und Finanzplanung für die Jahre 2011 bis 2014 überschreiten die jährlichen Kreditaufnahmen die verfassungsrechtliche Kreditobergrenze zum Teil erheblich. Die hohen neuen Schulden wären allenfalls zu rechtfertigen, wenn weiterhin von einer ernsthaften und nachhaltigen Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ausgegangen werden könnte. Dies erscheint angesichts der derzeitigen konjunkturellen Erholung zweifelhaft.

Bis Ende 2014 erwartet die Landesregierung einen Anstieg der Verschuldung auf 41 Mrd. €.

Ein tragfähiges Konzept, wie bis 2020 ein struktureller Haushaltsausgleich ohne neue Schulden sichergestellt werden soll, liegt bisher nicht vor.

Angesichts der hohen Verschuldung droht dem Land der Verlust seiner finanzpolitischen Handlungsfähigkeit. Wirksame Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sind deshalb unumgänglich.

#### **4 Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule - Leistungsangebot und Lehrverpflichtung bedarfsgerechter gestalten -**

Der Ausbildungsauftrag der Schule war nicht hinreichend konkretisiert. Insbesondere waren freiwillige Leistungen und Pflichtleistungen nicht voneinander abgegrenzt.

Die Lehrverpflichtung der Mitarbeiter war niedriger als die von Lehrkräften an vergleichbaren Einrichtungen anderer Länder. Das Arbeitszeitmodell der Schule, das Zeiten für Unterricht und außerunterrichtliche Tätigkeiten erfasst, ließ mehr als vier Wochen der für Beamte maßgeblichen Jahresarbeitszeit unberücksichtigt.

Die Betriebsabläufe waren nicht hinreichend IT-unterstützt. Dies führte zu vermeidbarem Aufwand.

Durch Mängel in der Mittelbewirtschaftung entstanden Einnahmeverluste und Mehrausgaben.

#### **5 Vermessungs- und Katasterämter - deutliche Verringerung des Personalbestands erforderlich -**

In der Vermessungs- und Katasterverwaltung bestanden erhebliche Personalüberhänge. Mittelfristig können 529 besetzte Stellen abgebaut werden. Dies ist durch optimierte Geschäftsprozesse, eine verbesserte technische Ausstattung und aufgrund rückläufiger Aufgaben möglich. Langfristig werden weitere 119 Stellen entbehrlich. Die Personalkosten können um insgesamt 45 Mio. € jährlich verringert werden. Außerdem lassen sich Ausgaben von 1,8 Mio. € für Ersatzbeschaffungen vermeiden.

Die Beibehaltung von 20 Vermessungs- und Katasterämtern mit sechs Außenstellen ist angesichts des deutlich verminderten Personalbedarfs nicht wirtschaftlich. Bei einer Halbierung der Zahl der Ämter und der Auflösung der Außenstellen können zusätzlich mindestens 50 besetzte Stellen abgebaut und hierdurch Personal- und Sachkosten von mehr als 6 Mio. € jährlich vermieden werden.

Darüber hinaus bestand für 251 unbesetzte Stellen kein Bedarf.

Eine langfristig ausgerichtete Gesamtkonzeption zur Entwicklung der Vermessungs- und Katasterverwaltung war noch nicht erarbeitet.

Die Kosten- und Leistungsrechnung wies Mängel auf. Für die Steuerung der Verwaltung fehlten geeignete Kennzahlen.

#### **6 Schlosshotel Bergzaberner Hof - fehlerhafte Projektvorbereitung und unwirtschaftliche Förderung -**

Alternative Nutzungsmöglichkeiten wurden vor der Förderung des Umbaus eines denkmalgeschützten Gebäudes in ein Vier-Sterne-Hotel nicht hinreichend untersucht. Die Wirtschaftlichkeit des Hotelbetriebs war nicht nachgewiesen. Die Auswahl eines Investors fand ohne transparentes Verfahren statt.

Die Kostenermittlung, die Gesamtkosten von 3,1 Mio. € auswies, war als Grundlage für eine Förderentscheidung nicht geeignet. Von der gebotenen baufachlichen Prüfung wurde abgesehen. Die Finanzierung war nicht gesichert.

Als sich ein erheblicher Anstieg der Kosten abzeichnete, erwarb die Stadt das Hotel von einem Investor. Die von dem Ministerium des Innern und für Sport für die Sanierung zugesagte 90 %ige Förderung stand nicht im Einklang mit den Förderbestimmungen.

Während der Bauausführung stiegen die Kosten auf vorläufig 6,4 Mio. €. Eine wirk-same Kostensteuerung wurde nicht sichergestellt.

Die Stadt vereinbarte einen unangemessen niedrigen Pachtzins und eine Rück-kaufoption unter dem Verkehrswert.

## **7 Finanzämter des Landes**

### **- Stellen von Sachgebietsleitern können abgebaut werden -**

Mittel- und langfristig wird mit einem deutlichen Rückgang der Stellen für Bear-beiter gerechnet. Dementsprechend verringert sich der Bedarf an Sachgebiets-leitern.

Die Sachgebietsleiter hatten zahlreiche verschiedenartige Aufgaben zu erfüllen. Sie konnten nicht allen Anforderungen gerecht werden. Die Steuerverwaltung hat ihr Risikomanagementsystem nicht konsequent auf der Ebene der Sachgebiets-leiter fortgeführt.

Die Sachgebiete waren unterschiedlich strukturiert. Eine gleichmäßige Auslastung der Sachgebietsleiter war nicht sichergestellt.

## **8 Einkommensteuer-Veranlagungen**

### **- hohe Fehlerquote bei Fällen mit Aufwendungen für doppelte Haushalts-führung -**

Vielfach wendeten Finanzämter des Landes das Steuerrecht nicht zutreffend an, wenn Steuerpflichtige Aufwendungen für doppelte Haushaltsführung geltend ge-macht hatten. Hochgerechnet führten die Fehlbearbeitungen landesweit allein bei den intensiv zu prüfenden Fällen zu Einnahmeverlusten von mehr als 340.000 € jährlich.

Erforderliche Sachverhaltsaufklärungen unterblieben in fast der Hälfte der Fälle. Dadurch wurden Werbungskosten von über 3,7 Mio. € jährlich ohne die gebotene Überprüfung zum Abzug zugelassen.

## **9 Bescheinigende Stelle als Teil des Verwaltungs- und Kontrollsystems im EU-Förderbereich Agrar**

### **- Prüfungshandlungen mussten verbessert werden -**

Die Bescheinigende Stelle erfüllte nicht immer die Anforderungen an eine ord-nungsgemäße Prüftätigkeit. Teilweise prüfte sie Sachverhalte nicht intensiv genug und stützte ihre Untersuchungen auf nicht ausreichend geeignete Nachweise.

Bewertungen der Bescheinigenden Stelle, ob und inwieweit die Kriterien für die Zulassung der Zahlstelle eingehalten sind, waren nicht immer nachvollziehbar.

## **10 Medizinische Versorgung der Gefangenen**

### **- Ausgaben können reduziert werden -**

Die Gefangenen wurden nicht angemessen an den Kosten der medizinischen Ver-sorgung beteiligt. Es wurden allein Arzneimittel im Wert von 80.000 € jährlich unentgeltlich abgegeben, die von gesetzlich Versicherten selbst zu bezahlen ge-wesen wären.

Der Einsatz von Anstaltsärzten war nicht wirtschaftlich. Ausgaben von 100.000 € jährlich lassen sich vermeiden, wenn u. a. die Ärzte stärker ausgelastet, ange-messene Leistungsanforderungen zugrunde gelegt und Reisekosten verringert werden.

Ärzte erhielten zu hohe Vergütungen. Seit mehr als zehn Jahren wurden Liefe-rungen und Leistungen von über 1 Mio. € jährlich nicht im Wettbewerb vergeben.

**11 Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung  
- Mängel bei dem IT-Einsatz und der IT-Sicherheit -**

Im Geschäftsbereich des Landesamts werden zahlreiche Server-, Speicher- und Drucksysteme betrieben. Bei einer Vereinheitlichung, Zusammenführung und Virtualisierung der Server- und Speichersysteme genügen 20 anstelle der bisher eingesetzten 79 Server. Hierdurch können einmalig Ausgaben von 70.000 € für Ersatzbeschaffungen sowie Energie- und Personalkosten von 100.000 € jährlich vermieden werden. Die Druckkosten können um bis zu 30 % gesenkt werden, wenn ein leistungsfähiges Drucksystem eingerichtet wird.

Das Landesamt mietete Telefonanlagen ohne vorherige Ermittlung der wirtschaftlichsten Beschaffungsart. Durch den Erwerb vergleichbarer Anlagen hätten die Ausgaben um 200.000 € verringert werden können.

Ein den Anforderungen genügendes IT-Sicherheitskonzept fehlte. IT-Sicherheit und Datenschutz waren nicht hinreichend gewährleistet.

**12 Entwicklung eines Instruments zur finanziellen Steuerung in der Sozialhilfe  
- unzureichendes Projektmanagement beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung -**

Das Landesamt plante das Projekt "Elektronische Wirkungsanalyse in der Sozialhilfe" unzulänglich. Es legte u. a. keine messbaren Ziele fest, untersuchte die Ausgangslage nicht sorgfältig und erstellte keine Wirtschaftlichkeitsberechnung. Eine detaillierte Ermittlung der voraussichtlichen Kosten unterblieb. Eine Kostenobergrenze wurde nicht bestimmt.

Die notwendige Beteiligung von Landkreisen und Städten an dem Pilotprojekt scheiterte. Fünf von sechs Kommunen stiegen vorzeitig aus dem Pilotprojekt aus.

Die Ausgaben für das Projekt, die bis August 2008 auf mehr als 2,7 Mio. € stiegen, waren im Landeshaushalt nicht hinreichend transparent dargestellt.

Der Zahlungsgrund war nicht immer ordnungsgemäß belegt. Ausgaben waren vermeidbar.

**13 Zuwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen  
- Mängel im Förderverfahren -**

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung bewilligte Zuwendungen überwiegend erst nach Projektbeginn. Das Verwaltungsverfahren wurde dadurch aufwendiger.

Bei der Prüfung von Verwendungsnachweisen bestanden Ende 2008 erhebliche Arbeitsrückstände, obwohl im Rahmen des Entlastungsverfahrens für das Haushaltsjahr 1999 zugesagt worden war, eine zeitgerechte Prüfung sicherzustellen.

Einem Zuwendungsempfänger blieb es überlassen, in welchem Umfang er Einnahmen erhob. Dies ermöglichte ihm, die Höhe der Fördermittel zu beeinflussen.

**14 Umstellung des Rechnungswesens der Technischen Universität Kaiserslautern  
- Mängel bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz -**

Die zur Finanzierung der Universität erforderlichen Mittel waren nur zum Teil im Landeshaushalt veranschlagt.

Ressourcenverbrauch und Erträge waren nicht vollständig im Erfolgsplan dargestellt.

Bis Februar 2010 lagen die Eröffnungsbilanz und die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 noch nicht vor.

Eine verbindliche Bilanzierungsrichtlinie fehlte.

Die Erfassung und Bewertung des Anlagevermögens im Entwurf der Eröffnungsbilanz 2007 wies Mängel auf. Beispielsweise war das Anlagevermögen des Fachbereichs Physik um 350.000 € zu hoch bewertet.

Regelungen, die eine Vergleichbarkeit von Hochschulen mit kaufmännischem Rechnungswesen sicherstellen, fehlten weiterhin.

**15 Unterrichtsausfall an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen, Auswirkungen des Projekts Erweiterte Selbstständigkeit von Schulen (PES)**

Im Schuljahr 2008/2009 fielen an den geprüften Schulen 3,9 % des Unterrichts aus. Die im Vergleich zu dem Unterrichtsausfall im Schuljahr 1998/1999 (4,2 %) geringe Verbesserung wurde nur durch zusätzliche Mittel für Vertretungskräfte (PES-Mittel) erreicht.

Die Zuweisung von mehr Lehrkräften allein ist nicht geeignet, Unterrichtsausfall zu reduzieren. Es muss auch sichergestellt sein, dass die Schulen ihrer Selbstverantwortung im Bereich der Unterrichtsorganisation und der Durchführung von Vertretungsunterricht nachkommen.

Vertretungsbedarf hätte auch verringert werden können, wenn Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Studientage, Elternsprechtage, Lehrerkonferenzen, Dienstbesprechungen und Personalversammlungen in die unterrichtsfreie Zeit verlegt worden wären.

Schulen nahmen Mittel aus dem PES-Budget in Anspruch, obwohl sie ihre eigenen Möglichkeiten zur Regulierung des Vertretungsbedarfs nicht ausgeschöpft hatten.

**16 Direktion Landesdenkmalpflege der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz  
- aufwendiges Genehmigungsverfahren und unzureichende Organisation -**

Das denkmalschutzrechtliche Genehmigungsverfahren war nicht wirtschaftlich gestaltet.

Aufbau- und Ablauforganisation der Direktion Landesdenkmalpflege waren unzureichend. U. a. waren wissenschaftliche Kräfte mit Verwaltungsaufgaben befasst.

Leistungsstruktur und Förderverfahren waren nicht hinreichend transparent.

Die Direktion Landesdenkmalpflege schöpfte ihre Einnahmemöglichkeiten nicht aus. Bei rechtzeitiger Anpassung der Gebührensätze hätten Mehreinnahmen erzielt werden können.

**17 Landesbibliothekszentrum Rheinland-Pfalz  
- zu hoher Personalbestand und unwirtschaftliche Verfahren -**

Im Jahr 2004 wurden die Landesbibliotheken und Büchereistellen in dem Landesbibliothekszentrum zusammengeführt. Mit der Organisationsreform waren keine messbaren Ziele verbunden. Daher fehlten Grundlagen für eine Erfolgskontrolle.

Sechs Jahre nach der Organisationsreform bestanden erhebliche Personalüberhänge. Stellen von mindestens 15,5 Vollzeitkräften mit Personalkosten von nahezu 1 Mio. € können abgebaut werden.

Aufbau- und Ablauforganisation waren teilweise nicht wirtschaftlich gestaltet. Die Büchereistellen arbeiteten uneinheitlich. Möglichkeiten der Informationstechnologie, der Aufgabenübertragung auf Dritte und zur Gebührenanpassung waren nicht ausgeschöpft.

Die Förderrichtlinien für das öffentliche Bibliothekswesen waren nicht mehr aktuell und regelten das Verfahren nur unvollständig. Anreize für Kooperationen öffentlicher Bibliotheken und gemeinsame Einrichtungen fehlten weitgehend.

**18 Landesbetrieb Landesforsten Rheinland-Pfalz  
- Ziele der Strukturreform teilweise noch nicht erreicht -**

Der in der Konzeption "Landesforsten: zukunftsfähige Strukturen" u. a. vorgesehene Einsatz von Produktleitern bietet eine Reihe von Ansatzpunkten zur Verringerung der Personalkosten. Bei konsequenter Umsetzung und Nutzung weiterer Verbesserungsmöglichkeiten können mittelfristig insgesamt 83 Stellen abgebaut und dadurch Personalkosten von mehr als 7 Mio. € jährlich vermieden werden.

**19 Förderung der Fischerei  
- Förderzweck für das "Haus der Fischerei" 2010 nicht erreicht und zweckgebundene Einnahmen nicht zeitnah zur Förderung eingesetzt -**

Der mit der Förderung des 2001 eingeweihten "Hauses der Fischerei" verfolgte Zweck war 2010 nicht erreicht.

Einnahmen aus der Fischereiabgabe und aus den Beiträgen der Fischereipächter setzte das Land nicht zeitnah zur Förderung der Fischerei ein. Bis Ende 2009 beliefen sich die nicht abgeflossenen Fördermittel auf nahezu 1,3 Mio. €.

Fischereirechte wurden ohne vorherige Ausschreibung verpachtet. Einnahmelmöglichkeiten wurden nicht ausgeschöpft.